



Agrarforschung zum Klimawandel

Konferenz der Deutschen Agrarforschungsallianz
11.-14.03.2024, Potsdam

unter der Schirmherrschaft
des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Programm und Beiträge

Stand: 15. Februar 2024

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

dafa

Deutsche Agrarforschungsallianz

Rechtliche Fragen der Wiedervernässung von landwirtschaftlich genutzten Moorböden

Uhl, Thorsten¹ ✉; Bernhard Osterburg¹

¹Thünen-Institut, Stabsstelle Klima und Boden, Braunschweig

✉ thorsten.uhl@thuenen.de

Ohne die umfangreiche Wiedervernässung von landwirtschaftlich genutzten Moorböden können die staatlichen Klimaschutzverpflichtungen zur THG-Emissionssenkung des Landnutzungssektors (LULUCF) nicht realisiert werden. Vor allem in den moorreichen Regionen stellt das eine besondere Belastung dar. Das betrifft die Interessen der Eigentümer am Werterhalt, der Bewirtschafter an der Ertragssicherung und der Nachbarn am Schutz vor Schäden durch die Vernässung. Es handelt sich um eine gesellschaftliche Aufgabe, an der Politik, Behörden, Verbände und Privatwirtschaft mitwirken müssen.

In Projekten zur Vorbereitung und Umsetzung der Moorschutzstrategie wurden die grundlegenden institutionellen und rechtlichen Hemmnisse für eine Wiedervernässung identifiziert. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie eine notwendige Ausgestaltung des Transformationspfads zur effizienten Wiedervernässung gelingen kann. Benötigt wird ein verlässlicher Rahmen, der Anreize und Handlungskompetenzen für alle Akteure bietet. Das schließt nachfolgende Nutzungsmöglichkeiten auf den wiedervernässeten Flächen ein, etwa Restauration (Naturschutz, Tourismus, Bildung), Extensivierung (Weidehaltung) und neue Wertschöpfungsoptionen (Paludikulturen, Moor-Photovoltaik-Anlagen).

Ein kohärenter Rechtsrahmen für Schutz, Wiedervernässung und Anschlussnutzung von Moorböden existiert derzeit nicht. Die jeweiligen Fragen stellen sich singular in den jeweiligen Verfahren, in denen verschiedene Regelungsgegenstände wie Naturschutz und Wasserwirtschaft sowie gesetzliche Zielkonflikte im Raum stehen. Das alleinige Adressieren der Verbesserungsmöglichkeiten im vorhandenen Rahmen wird nicht ausreichend sein. So kann eine vollständige Gebietskulisse

nicht allein durch optimierte Raumplanung, eine dauerhafte finanzielle Absicherung nicht allein durch aktuelle Förderinstrumente und eine einheitliche Anwendung nicht allein durch optimiertes materielles Recht erreicht werden.

Dem staatlichen Flächenkauf zur Wiedervernässung von Moorböden sind enge fiskalische Grenzen gesetzt. Deshalb sind weitere Ansätze gefragt, die alle regionalen Akteure einbeziehen und vor einer dauerhaften Wiedervernässung einen alternativen Weg in eine gemeinsame und lukrative Umsetzung aufzeigen. Dazu gehören eine verbindliche Festsetzung der Gebietskulisse (durch Rechtsverordnung, Gesetz), finanzielle Unterstützung, die frühes Handeln in Wert setzt (etwa durch degressive Staffelung), mögliche Verfahrenskonzentration und -beschleunigung (etwa durch Abbau von Vorgaben, Aufbau von Kapazitäten, Verwaltungsvorschriften wie Richtlinien zur Verfahrensdurchführung) und die Entwicklung von Betreibermodellen zur Moorvernässung und -nutzung auf lokaler Ebene (etwa Genossenschaften, Energiecluster).

Diese Fragen werden im Projekt „Roadmap zur Vernässung organischer Böden in Deutschland (RoVer)“ des Thünen-Instituts im Arbeitspaket „Analyse der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen“ in Kooperation mit dem Institut für Landwirtschaftsrecht der Georg-August-Universität Göttingen untersucht. Dabei wird ein Bottom-Up-Ansatz aus Sicht der Akteure vor Ort verfolgt. Soweit sinnvoll, werden Unterschiede und Analogien zu vergleichbaren Themen betrachtet (etwa Überschwemmungsgebiete, Kohleausstieg, Netzausbau). Auf der Tagung sollen die bis dahin erzielten Ergebnisse vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden.